



Matthias Bauer

Das Recht des technischen Produkts

Praxishandbuch für Unternehmensjuristen



Springer Vieweg

Das Recht des technischen Produkts

Matthias Bauer

Das Recht des technischen Produkts

Praxishandbuch für Unternehmensjuristen



Springer Vieweg

Matthias Bauer
Rosheim, Frankreich

ISBN 978-3-658-21584-2 ISBN 978-3-658-21585-9 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-21585-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Vieweg

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Vieweg ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Rund achtig Prozent des gesamten Umsatzes des produzierendes Gewerbes entfallen in der Europäischen Union auf harmonisierte Produkte.¹ Die Regelungsdichte des durch den europäischen Gesetzgeber oder auf dessen Veranlassung hin geschaffenen Produktverkehrsrechts nimmt stetig zu. Der Masse der in der Union gehandelten Produkttypen entspricht die Masse der diese regelnden technischen Vorschriften und Normen. Die Stofffülle ist beträchtlich. Wo dem nationalen Gesetzgeber Regelungskompetenzen verbleiben sind nationale Produktregelungen an Unionsrecht zu messen. Der Zugang zur Materie wird zusätzlich durch das Ineingreifen von Recht, Technik und geübten Unternehmensprozessen erschwert. Der Gesetz- und Verordnungsgeber setzt ingenieurmäßiges Detailwissen voraus und lehnt sich an Praktiken aus Industrie und Wirtschaft an. Er führt in der Praxis bewährte Qualitätssicherungs-, Entwicklungs-, Risikomanagement- und sonstige Prozesse rechtlicher Regelung zu oder werden von ihm gar als allortend bestehend vorausgesetzt. Angesichts der zersplitterten Stofffülle und der Inbezugnahme von Technik und geübter Praxis nimmt es nicht Wunder, dass das Produktverkehrsrecht aus der universitären und praktischen Juristenausbildung weitestgehend ausgeklammert ist.

Gleichwohl ist sie im täglichen Geschäft des Unternehmensjuristen zu berücksichtigen. Dies bereits beim Liefervertrag, namentlich beim Kauf von Handelsware, bei Entwicklungsverträgen, beim Unternehmenskauf, bei der rechtlichen Einschätzung von Qualitätsproblemen sowie bei Produkthaftungsfällen. Weiter ist die Produktkonformität mehr und mehr Gegenstand wettbewerblicher Streitigkeiten und behördlicher Verfahren. Der bei den Wirtschaftsteilnehmern und in den Rechtsabteilungen vorfindliche Kenntnisstand wird der Bedeutung dieser Rechtsmaterie allerdings kaum gerecht. Die Materie wird in den Unternehmen überwiegend den Ingenieuren und Technikern überantwortet, die allerdings ganz regelmäßig aus der Norm heraus handeln und wo die Materie Produktverkehrsrecht originär auch nicht hingehört.

¹Europäische Kommission, Arbeitsdokument, SWD(2017)469 final 2/3, S. 134.

Die rechtswissenschaftliche Begleitung des Produktverkehrsrechts ist dürftig und fehlt ein sektorübergreifendes und die Materie insgesamt behandelndes Werk. Diese Lücke soll mit dem „*Recht des technischen Produkts*“ geschlossen werden. Es sollen Zusammenhänge erklärt und soll ein Überblick über das große Ganze gegeben werden, sind Verortung und Stellung des Rechts sowie das „*Wie*“ seiner Umsetzung im Unternehmen darzustellen und gilt es die Pflichten der Wirtschaftsakteure in den verschiedenen Produktlebensphasen aufzuzeigen.

Behandelt wird das auf das *technische Produkt* bezogene Produktverkehrsrecht. Unter technischem Produkt wird hierbei ein unter Anwendung ingenieurwissenschaftlicher Erkenntnisse entwickeltes und produziertes Gerät von höherer Komplexität, also ein Apparat, verstanden. Keine technischen Produkte in diesem Sinne sind insbesondere Lebensmittel, Kosmetika, Arzneimittel, Biozide, Spielzeug und Baustoffe.

Das „*Recht des technischen Produkts*“ ist nicht als Kommentar einzelner Vorschriftenwerke konzipiert, sondern als Handwerkzeug für den Unternehmensjuristen gedacht. Es soll die Materie verständlich und für die tägliche Arbeit handhabbar machen. Dem Bestreben folgend, die Zusammenhänge und das Große Ganze zu vermitteln, ist – auch auf die Gefahr hin, dass dem Leser diese Zusammenhänge bereits bekannt sind – einer der Schwerpunkte die Freizügigkeitsanordnung des Unionsrechts.

In einem ersten Teil werden die Grundlagen des Rechts des technischen Produkts erörtert: Freizügigkeit, geschichtliche Entwicklung des heutigen Rechts des technischen Produkts, das Verhältnis zwischen technischer Regel und Recht sowie regelungsübergreifende Grundbegriffe.

Der zweite Teil behandelt die Anforderungen an das technische Design: Produktsicherheit, Umweltproduktrecht, Straßenverkehrszulassungsrecht und sonstiges Produktverkehrsrecht.

Der dritte Teil ist den nicht-designbezogenen Marktzugangsvoraussetzungen gewidmet: Konformitätsbewertung sowie Hinweis-, Kennzeichnungs-, Mitteilungs-, Registrierungs- und Anzeigepflichten.

Der vierte Teil gilt der Nachmarktpfase: Pflichten nach dem Inverkehrbringen sowie Marktüberwachung, Straf- und Bußgeldvorschriften.

Diese Unterteilungen, die dem Leser hier und da als künstliche Trennung zusammengehörender Themen erscheinen werden, waren notwendig, da andernfalls die Materie in einem einzigen Werk schwerlich hätte behandelt werden können bzw. es bei einer nach den einzelnen Vorschriftenwerken geordneten Darstellung zu zahllosen Wiederholungen gekommen wäre.

Für Kritik und Anregungen, Hinweise auf Entwicklungen und auf Gerichtsurteile bin ich stets dankbar.

Inhaltsverzeichnis

Teil I Grundlagen des Rechts des technischen Produkts

Freizügigkeit 3

§ 1 – Primärrechtliche Gewährleistung des Binnenmarktes 6

 I. Unmittelbare Wirkung bzw. unmittelbare Anwendbarkeit der
 Warenverkehrsfreiheit 7

 II. Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen 9

 1. Produktregelungen – geborene Maßnahmen gleicher Wirkung
 wie mengenmäßige Beschränkungen 9

 2. Produktbezogene Regelungen 14

 a. Begriff der produktbezogenen Regelung 14

 b. Designanforderungen 15

 c. Anforderungen an die Aufmachung, Etikettierung und Verpackung 16

 3. Sonstige Marktzugangsbehinderungen 17

 a. Formalitäten 17

 b. Zulassungserfordernisse 18

 c. Sprachregelungen 20

 d. Nutzungsbeschränkungen 21

 e. Sonstige Anforderungen 22

 4. Prüfungsschema 22

 III. Inländerdiskriminierung 23

 IV. Rechtfertigung handelsbeschränkender Maßnahmen 24

 1. Verhältnismäßigkeit und Nicht-Diskriminierung 26

 a. Nicht-Diskriminierung 26

 b. Erforderlichkeit 27

 c. Verhältnismäßigkeit von Einzelmaßnahmen – Prinzip der
 gegenseitigen Anerkennung 27

 2. Einzelne Rechtfertigungsgründe 29

 a. Gründe der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit 31

 b. Schutz der Gesundheit und des Lebens 32

c. Schutz der Gesundheit und des Lebens von Tieren und Pflanzen	33
d. Schutz des nationalen Kulturguts	33
e. Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	34
f. Verbraucherschutz	36
g. Lauterkeit des Handelsverkehrs	37
h. Umweltschutz	39
i. Erfordernisse der Sicherheit im Straßenverkehr.	39
§ 2 – Sekundärrechtliche Verwirklichung des Binnenmarkts	40
I. Grundlagen	40
1. Binnenmarktkompetenz.	40
2. Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts	42
II. Anforderungen an das technische Design	44
1. Angleichungsbedürftige und angleichungsfähige Sachbereiche	45
a. Theoretische Angleichungsbedürftigkeit.	45
b. Angleichungsfähigkeit.	46
2. Intensität der Angleichung.	49
a. Begriff der Harmonisierungsintensität	49
b. Vollständige Sperrwirkung von auf Art. 114 AEUV gestützten Rechtsangleichungsmaßnahmen	49
c. Vollharmonisierung und Schutzklauseln	52
d. Harmonisierungsmaßnahme als Prüfungsmaßstab	54
3. Regelungsbereich	54
a. Produktanforderungen der Harmonisierungsrechtsvorschriften	55
aa. Wesentliche Anforderungen	57
bb. Delegierte Rechtsakte	64
b. Produktanforderungen der allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie.	65
III. Nicht designbezogene Vorschriften.	66
1. Sonstige Marktzugangsregelungen	68
2. Nicht-marktzugangsbezogene Regelungen	69
a. Herstellung einheitlicher Marktbedingungen durch Vereinheitlichung der Pflichten nach dem Inverkehrbringen	69
b. Regelung mitgliedstaatlicher Durchführung des Unionsrechts.	71
IV. Rechtsnatur der sich aus dem Recht des technischen Produkts ergebenden Pflichten.	73
V. Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften	74
1. Zweck des Informationsverfahrens	74
2. Ablauf des Informationsverfahrens	75
3. Autonomie des Begriffs der technischen Vorschrift	76
4. Wirkungen der Nichtnotifizierung.	79
VI. Derogationsmöglichkeiten und -verfahren	79
1. Art. 114. Abs. 4, 5 und 6 AEUV	79
2. Schutzklauseln nach Art. 114 Abs. 10 AEUV.	80

VII. Vollzug der Rechtsangleichung und das Hin zur Rechtsvereinheitlichung	81
1. Handlungsformen	81
2. Richtlinienumsetzung in der Praxis	83
3. Unmittelbare Wirkung von Richtlinien	83
a. Unmittelbare Wirkung im Verhältnis Privatperson gegen Staat	84
b. Unmittelbare Wirkung im Verhältnis Staat gegen Privatperson	85
c. Unmittelbare Wirkung im Verhältnis Privatperson gegen Privatperson	86
d. Zusammenfassung	87
4. Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung	87
5. Unmittelbare Wirkung der Harmonisierungsrechtsvorschriften	89
§ 3 – Harmonisierung nationaler technischer Regeln	92
I. Beseitigung technischer Handelshemmnisse	92
1. Erfordernis einer Vereinheitlichung (keine Maßnahme gleicher Wirkung)	93
a. Maßnahmebegriff	93
b. Rechtssache Fra.bo	94
c. Abgrenzungskriterium des hoheitlich veranlassten Normbefolgungszwangs	97
2. Technik der Harmonisierung	99
a. Europäische Normungsorganisationen (Grundlagen)	99
aa. Comité Européen de Normalisation (CEN) und Comité Européen de Normalisation Electrotechnique (CENELEC)	99
bb. European Telecommunications Standards Institute (ETSI)	103
b. Öffentlich-rechtliche Überlagerung privatrechtlicher Harmonisierung	105
aa. Ex-Informationsrichtlinie 83/189/EWG und 98/34/EG auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften	105
bb. Übernahme- und Stillhalteverpflichtungen bei harmonisierten Normen	106
II. Widerspruchsfreiheit technischer Regelwerke auf nationaler Ebene	107
1. Beziehungen des DIN zu anderen deutschen technischen Regelsetzern	108
2. Konsensprinzip	109
3. Keine rechtlich abgesicherte Einheitlichkeit und Widerspruchsfreiheit	111
Geschichtliche Entwicklung und Überblick über das heutige Recht des technischen Produkts	113
§ 1 – Old Approach (1968–1985)	114
§ 2 – Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (seit 1983)	115
§ 3 – New Approach (seit 1985)	115
§ 4 – Globales Konzept (seit 1990)	118
§ 5 – Harmonisierungsrechtsvorschriften nach der Modellrichtlinie und dem Gesamtkonzept (1985–2008)	122

§ 6 – Allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie (seit 1992)	124
I. Erfordernis einer allgemeinen Binnenmarktrichtlinie	124
1. Uneinheitliche Marktüberwachung	124
2. Gegenständlich begrenzte Geltungsbereiche im Produktsicherheitsrecht.	125
II. Horizontal geltende und auf Verbraucherprodukte beschränkte Produktsicherheitsrichtlinie	125
§ 7 – Europaweite Kooperation und Koordination der Marktüberwachung innerhalb der Harmonisierungsrechtsvorschriften nach der Modellrichtlinie und dem Gesamtkonzept und nach der Produktsicherheitsrichtlinie	126
I. Bewertungsverfahren nach der Modellrichtlinie	127
II. Koordinierung nationaler Durchführungsmaßnahmen nach der Produktsicherheitsrichtlinie	128
1. Meldung von Maßnahmen des indirekten Vollzugs	128
2. Sofortmaßnahmen bei „ <i>ernstem Risiko</i> “	129
III. Infrastrukturen behördlicher Zusammenarbeit	131
§ 8 – Neuer Rechtsrahmen (seit 2008)	133
I. Mitteilung der Europäischen Kommission vom 7.5.2003 „ <i>Verbesserte Umsetzung der Richtlinien des neuen Konzepts</i> “	134
1. Mangelndes Vertrauen in Zertifizierungsstellen	134
a. Überprüfung der Stellen bei obligatorischer Drittzertifizierung	134
b. Überprüfung der Stellen bei freiwilliger Drittzertifizierung	136
2. Marktaufsicht und Verhältnis zur Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit.	137
a. Mitgliedstaatliche Vollzugsdefizite	137
b. Zusammenarbeit der Marktüberwachungsbehörden	138
c. Bewertungsverfahren.	138
d. Zusammenhang mit der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit.	138
3. Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen	139
II. Reform des Europäischen Produktverkehrsrechts.	139
1. Verordnung (EG) Nr. 765/2008	140
2. Beschluss Nr. 768/2008/EG	142
§ 9 – Fahrzeuge	143
I. Mindestens vierrädrige Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger	143
1. Anfänge der EWG/EG-Typgenehmigung	143
2. Revisionsbefugnisse der Kommission.	144
3. Bauteile und technische Einheiten	145
4. Neuordnung durch die Richtlinie 92/53/EWG	145
5. Detailbewusste Vorgaben zum Typgenehmigungsverfahren	146
6. Abschließende Auflistung der Einzelrichtlinien	146
7. Mehrstufigenehmigung.	146
8. Alternativverfahren	148

9. Gleichwertigkeit von ECE-Regelungen	148
10. Neufassung der Rechtsvorschriften der Richtlinie 70/56/EWG	149
11. Neues Regulierungskonzept	149
II. Zweirädrige und dreirädrige Fahrzeuge	150
1. Rahmenrichtlinien 92/61/EWG und 2002/24/EG	150
2. Verordnung (EU) Nr. 168/2013	151
III. Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge	153
1. Rahmenrichtlinien 74/150/EWG und 2003/37/EG	153
2. Verordnung (EU) Nr. 167/2013	154
Technische Regeln und Recht	157
§ 1 – Begriff der technischen Regel	160
I. Technische Norm als Unterfall der technischen Regel	161
II. Bestimmung zur wiederholten oder ständigen freiwilligen Anwendung	163
III. Abgrenzung zur technischen Norm	164
§ 2 – Verweisungen in Rechtsvorschriften auf technische Regeln	165
I. Verweisungsformen	167
II. Relativität normkonkretisierender Verweisung	170
§ 3 – Harmonisierte Normen	172
I. Reichweite der Konformitätsvermutung	173
II. Vermutungswiderlegung	175
1. Konformitätsvermutung im Über-/Unterordnungsverhältnis	175
a. Abstrakte Normprüfung, Art. 11 VO (EU) Nr. 1025/2012	176
b. Konkrete Normprüfung innerhalb der Marktüberwachung	176
2. Konformitätsvermutung im Gleichordnungsverhältnis	178
III. Ende der Vermutungswirkung	179
IV. Debatte der 90er und den frühen 2000ern zur primärrechtlichen Zulässigkeit des Verweises auf harmonisierte Normen	180
§ 4 – Stand der Technik und technische Regelsetzung	183
I. Allgemein anerkannte Regeln der Technik, Stand der Technik und Stand von Wissenschaft und Technik	184
1. Allgemein anerkannte Regeln der Technik	185
2. Stand der Technik	186
a. Verweisungen des deutschen Gesetz- und Ordnungsgebers	186
b. Definition des Begriffs des Stands der Technik	187
c. Verweisungen und In-Bezugnahmen des unionalen Gesetzgebers	188
aa. Niederspannungsrichtlinie	188
bb. EMV-Richtlinie	190
cc. Maschinenrichtlinie	190
dd. Aufzugsrichtlinie	191
ee. Druckgeräte richtlinie	192

d. Stand der Technik – übergreifendes Anforderungsprofil öffentlich-rechtlicher Design-Anforderungen	192
aa. Harmonisierter Bereich – Maßstab des zur Erfüllung und Konkretisierung wesentlicher Anforderungen geforderten Schutzniveaus	192
bb. Übergreifender Maßstab	195
3. Stand von Wissenschaft und Technik	196
II. Stand der Technik im Zivil- und Strafrecht	196
1. Allgemein anerkannte Regeln der Technik, Stand der Technik und kaufrechtlicher Mangelbegriff	197
a. Öffentlich-rechtliche Verkehrs- und Betriebsfähigkeit als nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung	197
b. Der in der Praxis vorfindliche technische Standard als vertraglich geschuldeter Standard	198
2. Technische Standards in der zivilrechtlichen Produzenten- und Produkthaftung	200
a. Schutz des Integritätsinteresses	200
b. Bedeutung technischer Standards	201
c. Gleichlauf öffentlich-rechtlicher und zivilrechtlicher Sicherheitsanforderungen	202
3. Technische Standards in der strafrechtlichen Produkthaftung	203
III. Konkretisierung der allgemein anerkannten Regeln der Technik und des Stands der Technik durch technische Regeln	204
1. Vermutungswirkung technischer Regeln	205
a. Vermutungsvoraussetzungen	206
aa. Doppelte Vermutung in der zivilgerichtlichen Praxis	206
bb. Doppelte Vermutung in der verwaltungsgerichtlichen Praxis	209
b. Vermutungswiderlegung	211
aa. Prozedurale Anforderungen an die Aufstellung technischer Regelwerke	211
bb. Inhaltliche Anforderungen an die technische Regel	214
2. Vermutungswirkung im gerichtlichen Verfahren	215
a. Regeln des Anscheinsbeweises im Zivilprozess	215
b. Antizipiertes Sachverständigengutachten im Verwaltungsprozess	216
c. Prüfung der Einschlägigkeit der konkreten technischen Regel	216
Pflichtenbegründung	219
§ 1 – Verpflichtete	219
I. Hersteller	219
1. Harmonisierungsrechtsvorschriften nach der Neuen Konzeption	219
a. Herstellerbegriff und sogenannter Eigenmarken-Hersteller	220
b. Quasi-Hersteller	222
c. Aufklärende Zusätze	223
d. Herstellung zum Eigengebrauch	224

e. Produktänderung	224
f. Bevollmächtigte	227
2. Nicht harmonisierte Produkte (Produktsicherheit)	228
3. Fahrzeuge und Fahrzeugteile	228
4. ElektroG und BattG	228
II. Einführer	232
III. Händler	232
IV. Aussteller	233
§ 2 – Pflichtenbegründende Handlungen	233
I. Bereitstellung und Inverkehrbringen	233
1. Abgabe	234
a. Regelungswille des europäischen Gesetzgebers: Binnenmarktverwirklichung	234
b. Zeitlich gestreckter Vorgang des Abgebens	237
c. Feilbieten, Feil anbieten und Anbieten	239
d. Auf dem Unionsmarkt	241
e. Zweifaches Inverkehrbringen	242
f. Einzelfälle	242
2. Entgeltlich oder unentgeltlich	243
3. Zum Vertrieb, Verbrauch oder zur Verwendung	243
4. Auf dem Unionsmarkt	244
5. Im Rahmen einer Geschäftstätigkeit	245
a. Abgabe von Waren in einem unternehmensbezogenen Kontext	245
b. Herstellung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen	246
II. Inbetriebnahme	247
III. Ausstellen	248
§ 3 – Das Produkt	250
I. Das Produkt als Gegenstand der Bereitstellung	250
a. Definition	250
b. End- bzw. Gesamtprodukt	251
c. Gesonderte Bereitstellung	254
II. Das „ <i>einzelne</i> “ Produkt	255
III. Neue und gebrauchte Produkte	256

Teil II Anforderungen an das technische Design

Einführung in Teil 2	261
§ 1 Gesetzliche Design-Anforderungen im Konstruktionsprozess	261
I. Gesetzliche Design-Anforderungen als ein zu berücksichtigender Parameter unter vielen	261
II. Übergreifende Restriktionen	263

§ 2 Produktverwendung als von den produktbezogenen Regelungen	
nicht erfasster Regelungsgegenstand	264
I. Mitgliedstaatliche Regelungskompetenz zu Produktverwendung/-nutzung	264
II. Rechtssache Mickelsson und Roos.	266
§ 3 Zeitlich maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt.	268
I. Unterscheidung zwischen harmonisierten und nicht	
harmonisierten Produkten	268
II. Gebrauchte Produkte	269
§ 4 Verpflichtete	272
Produktsicherheit	277
§ 1 – Rechtsquellen und sachlicher Geltungsbereich der	
Anforderungen an das technische Design.	279
I. Harmonisierter Bereich	280
1. Artikulation der sektoralen Harmonisierungsrechtsvorschriften	
untereinander.	280
2. Abgeschlossenheit wesentlicher Anforderung im	
harmonisierten Bereich	285
a. Verhältnis zur Produktsicherheitsrichtlinie	285
b. Verhältnis zur Marktüberwachung.	286
II. Nicht harmonisierter Bereich	287
III. Sicherheits- und Gesundheitsschutz	287
1. Schutz der höchstpersönlichen Rechtsgüter Leben, Körper	
und Gesundheit	289
2. Sonstige Rechtsgüter	292
3. Erfasste Kausalverläufe.	292
§ 2 – Vorgehensweise zur Erfüllung der Sicherheitsanforderungen	295
I. Rechtliche Qualität der allgemeinen Grundsätze in Anhang I der	
Maschinenrichtlinie 2006/42.	296
1. Rechtliche Verortung der Risikobeurteilung	296
2. Keine konkreten Anforderungen an den Inhalt der Risikobeurteilung	298
3. Grundsätze der Risikominderung	298
II. Anwendbarkeit der grundlegenden Sicherheits- und	
Gesundheitsschutzanforderungen	299
III. Risikobeurteilung	300
1. Das Dokument „ <i>Risikobeurteilung</i> “	300
2. Risikobeurteilung in vier Schritten	300
3. Vorwegnahme der Risikobeurteilung durch harmonisierte Norm.	302
IV. Hierarchisches Sicherheitskonzept	303
§ 3 – Sachliche Anforderungen.	305
I. Zu berücksichtigende Verwendung	305
1. Bestimmungsgemäße Verwendung	307

2. Vorhersehbare Verwendung	309
a. Abgrenzung von Verantwortungsbereichen	309
b. Fallweise Betrachtung	312
aa. Herantasten an den Begriff der „vorhersehbaren Verwendung“	312
bb. Herstellerhinweise	315
c. Verwendung gewerblicher Gerätschaften durch Laien	317
aa. Migrationsprodukte	317
bb. Komplexe Produkte und Produkte mit spezifischen nutzerbezogenen Anforderungen	317
cc. Vertriebsgebundene Erzeugnisse	318
dd. Warnhinweise	320
d. Zubehör- und Kombinationsprodukte	321
II. Umfang der geforderten Gefährdungsabwehr	322
Umweltproduktrecht	323
§ 1 – Rechtsquellen und Regelungsbereiche der Anforderungen an das technische Design	327
I. Harmonisierungsmaßnahmen mit anderweitigem Schwerpunkt	327
II. Durchführungsmaßnahmen nach der Ökodesign-Richtlinie	329
III. Emissionsbegrenzungen	331
IV. Handlungsaufträge an die Mitgliedstaaten, Kennzeichnungsbestimmungen und Informationspflichten zur Energieeffizienz	332
V. Stoffliche Anforderungen und recycling-, verwertungs- und instandsetzungsgerechte Produktgestaltung	332
1. REACH und RoHS-Richtlinie	334
a. REACH	334
b. RoHS	335
c. Überschneidungen und Unterschiede	336
d. Freier Warenverkehr	337
e. REACH, ROHS und Ökodesign	338
2. Altfahrzeuge	338
3. Ressourcenschonende Produktkonzeption von Elektro- und Elektronikgeräten	339
VI. Nationale Produkthanforderungen	341
§ 2 – Ökodesign	342
I. Anwendungsbereich und Produktauswahl	343
II. Ausarbeitung von Durchführungsmaßnahmen	344
III. Verabschiedete Ökodesign-Verordnungen	345
§ 3 – REACH	347
I. Zulassungspflichtige Stoffe im Annex XIV von REACH (Verwendungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt)	348
II. Beschränkungen nach Anhang XVII von REACH	348

§ 4 – RoHS	349
I. Anwendungsbereich	350
1. Begriff des EEE	350
2. Gerät vs. Komponente und Bauteil	351
3. Kabel und Ersatzteile	352
4. Ausnahmen	353
5. Übergangsregelungen und Gerätekategorien	358
II. Stoffbeschränkungen und Ausnahmen nach Anhang III der RoHS-Richtlinie	359
1. Regelungsbefugnisse der Kommission, Stoffbeschränkungen	359
2. Konzentrationswerte in Gew.-% bezogen auf homogenen Werkstoff	359
3. Von den Beschränkungen ausgenommene Verwendungen	360
§ 5 – Batterierichtlinie/BattG	362
§ 6 – Outdoor-Richtlinie	364
I. Anwendungsbereich und Abgrenzungen	365
1. Art. 12 und 13 der Richtlinie 2000/14/EG	365
2. Verhältnis zur Maschinenrichtlinie 2006/42/EG	366
3. Verhältnis zur Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG	367
II. Geräuschemissionsgrenzwerte	367
§ 7 – Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte	368
I. Anwendungsbereich und Abgrenzungen	369
II. Abgasemissionsgrenzwerte	369
Straßenverkehrszulassungsrecht	371
§ 1 – Rechtsquellen und Regelungsbereiche der Anforderungen an das kraftfahrzeugtechnische Design	372
I. Sachlicher Geltungsbereich	372
II. Fahrzeuge	375
1. Genehmigungspflicht	376
2. Vorrang der drei EU-Vorschriftenwerke	377
3. Den verkehrsrechtlichen Bauvorschriften unterfallende Fahrzeuge	378
4. Einschlägige verkehrsrechtliche Bauvorschriften	378
III. Fahrzeugteile	379
1. EU-Rechtsrahmen	379
2. Genehmigungspflicht	381
3. Bauartgenehmigungspflicht unabhängig von der Genehmigungspflichtigkeit des Fahrzeugs	382
4. Kriterium der objektiven Verwendungsmöglichkeit	382
5. Ersatzteile für bauartgenehmigte Einrichtungen	383
6. Entbehrlichkeit bei „In-etwa-Wirkung“	383

IV. Artikulation der Richtlinie 2007/46/EG und der Verordnungen (EU)	
Nr. 167/2013 und 168/2013 mit anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften	385
1. Fahrzeuge	385
a. Produktsicherheit	385
b. Elektromagnetische Verträglichkeit	391
c. Umweltschutz	391
2. Fahrzeugteile	392
V. Artikulation der § 22a und §§ 30 ff. StVZO mit EU-Produktverkehrsrecht	393
§ 2 – Kraftfahrzeugtechnische Design-Anforderungen	394
I. Fahrzeuge	394
1. Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, Richtlinie 2007/46/EG	394
2. Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge, VO (EU) Nr. 167/2013	395
3. Zwei- oder dreirädrige und vierrädrige Fahrzeuge, Verordnung (EU) Nr. 168/2013	396
4. Fahrzeugtechnische Anforderungen der §§ 30 ff. StVZO	396
II. Fahrzeugteile	400
Sonstige(s) Produktverkehrsrecht/öffentliche Interessen	417
§ 1. Elektromagnetische Verträglichkeit	417
I. Rechtsquellen und Regelungsbereich der Anforderungen an das technische Design	418
1. Artikulation der Harmonisierungsrechtsvorschriften untereinander	419
2. Anwendungsbereich der EMV-Richtlinie	421
a. Gerät	421
b. Bauteile/Baugruppen und bewegliche Anlagen	422
c. Ortsfeste Anlagen	423
II. EMV-Anforderungen	423
§ 2 – Messrichtigkeit	426
I. Rechtsquellen und Regelungsbereich der Anforderungen an das technische Design	427
1. Regelungskonzeptionen des Neuen Ansatzes und des Globalkonzepts	427
2. Messgerät	428
3. Sachlicher Geltungsbereich	428
II. Anforderungen an das technische Design	429
§ 3 – Funktechnische Anforderungen	429
I. Nationale Frequenzpläne	431
II. Funktechnische Anforderungen an das technische Design	433
1. Begriff der Funkanlage	433
2. Kombinierte Produkte	433
3. Vermeidung funktechnischer Störungen	435

§ 4 – Produktbezogener Arbeitsschutz	435
I. Arbeitsschutzrecht (Überblick)	438
1. Europäischer Arbeitsschutz	438
a. Art. 114 AEUV (vorgelagerter Arbeitsschutz).	438
b. Art. 153 AEUV (Betrieblicher Arbeitsschutz).	438
c. Verhältnis Art. 114 – Art. 153 AEUV	439
2. Arbeitsschutzsystem in Deutschland	440
a. Staatliches Arbeitsschutzrecht	440
b. Gesetzliche Unfallversicherung	441
II. Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	443
1. §§ 5, 7, 8 und 9 BetrSichV (Überblick)	444
a. (Betriebs-)Sicherheit nach BetrSichV	444
b. Produktkonformität	444
c. Gefährdungsbeurteilung	446
d. Betriebliche Schutzmaßnahmen	447
2. Verhältnis der produktbezogenen Regelungen der BetrSichV zum EU-Produktsicherheitsrecht	449
a. Spannungslage	450
b. Identität der sachlichen Geltungsbereiche	451
aa. Weiter Gesundheitsbegriff in Art. 153 AEUV	451
bb. Produktbezogener Arbeitsschutz=Schutz der körperlichen Unversehrtheit	452
cc. Ergänzungs-, Umbau- und Nachrüstungspflichten= produktbezogene und nicht verwendungsbezogene Regelungen	453
c. Position der Arbeitsmittelbeschaffungsrichtlinie 2009/104/EG	454
3. Die produktbezogenen Anforderungen nach der BetrSichV	454
a. Vorgelagerter Arbeitsschutz	455
b. Betrieblicher Arbeitsschutz	455
c. Herstellung für den Eigengebrauch und Änderung von Arbeitsmitteln	457

Teil III Sonstige Marktzugangsregelungen

Konformitätsbewertung	461
§ 1 – Harmonisierungsrechtsvorschriften nach der Neuen Konzeption und dem Gesamtkonzept	463
I. Module für die Konformitätsbewertung	467
1. Überblick	467
2. Entwurfsphase	472
a. Technische Dokumentation	472
aa. Sinn und Zweck	472
bb. „Allgemeine Beschreibung des Produkts“	473
cc. Unterlagen aus der Konzeptphase	474

dd. Unterlagen aus der Phase der Lösungsauswahl und -bewertung.	474
ee. Unterlagen aus der Gestaltungsphase.	475
b. Baumusterprüfung.	475
c. Qualitätssicherungssystem für die Produktentwicklung.	476
d. Prüfverfahren.	476
3. Fertigungsphase.	476
4. Qualitätssicherung.	477
II. Notifizierte Stellen.	478
1. Überblick und Begrifflichkeiten.	479
2. Regelungsbereich.	481
3. Rechtsnatur des Tätigwerdens notifizierter Stellen.	482
4. Notifizierungsverfahren und Widerruf der Erlaubnis.	483
5. Pflichten der notifizierten Stelle.	486
6. Gültigkeit erteilter Bescheinigungen.	486
III. OEM-Produkte.	488
1. Konformitätsnachweis des Eigenmarken-Herstellers.	488
a. Hersteller „führen das anzuwendende <i>Konformitätsbewertungsverfahren durch oder lassen es durchführen</i> “	488
b. Nachweis der Konformität.	489
2. Konformitätssicherungsvereinbarung.	491
a. Generalklauseln.	491
b. Regelungen zur Produkt- und Fertigungsfreigabe.	492
aa. Produktfreigabe.	492
bb. Fertigungsfreigabe.	494
IV. EU-Konformitätserklärung.	496
1. Auf das einzelne Produkt bezogene Erklärung.	496
2. Inhalt.	497
3. Sprache.	497
4. Wirkung.	498
V. Verpflichtete.	498
§ 2 – Fahrzeuge und Fahrzeugteile.	500
I. Die Genehmigung.	500
1. Genehmigungstypen.	500
2. Natur und Regelungsgehalt der die Konformität feststellenden Genehmigung.	501
II. Der Genehmigung zugrundeliegende (hoheitliche) Konformitätsbewertung.	503
III. Fremdfertigung.	505
IV. Erlöschen der Genehmigung.	507
§ 3 – Nicht harmonisierte Produkte.	510
I. Anforderungen an obligatorische Vorabgenehmigungsverfahren.	510
II. Anforderungen an die ablehnende Entscheidung.	512

Hinweis-, Kennzeichnungs-, Mitteilungs- und Registrierungs- und Anzeigepflichten	515
§ 1 – Produktinformation und -instruktion	515
I. Verwendungsbezogene Informations- und Instruktionspflichten.	516
1. Rechtsquellen öffentlich-rechtlicher Informations- und Instruktionspflichten	516
a. Harmonisierungsrechtsvorschriften nach der Neuen Konzeption	516
aa. Inhaltliche Anforderungen in den wesentlichen Anforderungen	516
bb. Inhaltliche Anforderungen im Vorschriftentext	519
cc. Inhaltliche Anforderungen in Produktnormen	520
dd. Durchführungsverordnungen zur Ökodesign-Richtlinie	520
b. Produktsicherheitsrichtlinie 2001/95/EG	521
aa. Begriff des Verbrauchers	522
bb. Für Verbraucher bestimmt	524
cc. „Vernünftigerweise vorhersehbar“	525
dd. Dienstleistungsbezogene Produkte	525
c. Fahrzeuge und Fahrzeugteile.	525
2. Regelungsbereich	526
a. Sachlicher Geltungsbereich	526
b. Öffentlich-rechtliche Instruktionspflicht und EN 82079–1	527
c. Öffentliche-rechtliche Instruktionspflicht und Betriebsanweisung nach § 12 Abs. 2 BetrSichV	528
3. Anforderungen an die öffentlich-rechtliche Instruktionspflicht	529
a. Inhalt der Instruktion	530
aa. Sicherstellung einer der Konstruktion zugrundeliegenden Verwendung	530
bb. Durch Konstruktion nicht ausgeschlossene Restrisiken	534
b. Erfordernis und Modalitäten der Instruktion	539
aa. Erfordernis der Instruktion	539
bb. Bildzeichen	539
cc. Sprache	539
dd. Informationsträger	540
c. Verpflichtete	541
II. Nicht verwendungsbezogene Informationen	542
1. Lärminformationspflichten nach der Outdoor-Richtlinie 2000/14/EG	542
2. Energieverbrauchskennzeichnung nach VO (EU) 2017/1369	543
3. Richtlinie 1999/94/EG über Verbraucherinformation zu Kraftstoffverbrauch und CO ₂ -Emissionen neuer Personenkraftwagen	545
4. Informationen gemäß Art. 10 Abs. 10 der Richtlinie 2014/53/EU	545
5. Kennzeichnungs- und Informationspflichten nach ElektroG und BattG.	546
a. Kennzeichnung mit durchgestrichener Abfalltonne	546
b. Informationspflicht über Batterien und Akkumulatoren in EEE	547

§ 2 – Produktkennzeichnungspflichten zur Rückverfolgbarkeit	548
I. Hersteller-/Einführerkennzeichnung	548
II. Identifikationskennzeichnung	550
III. Ort und Art der Anbringung	551
IV. Verpflichtete	553
§ 3 – Konformitätskennzeichnungen	553
I. CE-Kennzeichnung	553
II. Die CE-Kennzeichnung ergänzende Zeichen	558
III. Pi-Kennzeichnung	559
IV. EU-Typgenehmigungszeichen für Fahrzeugteile	559
V. Prüfzeichen nach § 22a II StVZO	559
§ 4 – Registrierungs-, Mitteilungs- und Informationspflichten nach REACH	559
I. Registrierung nach REACH von Stoffen in Erzeugnissen bei beabsichtigter Freisetzung	561
II. Mitteilungspflichten nach REACH für Stoffe in Erzeugnissen	561
III. Informationspflichten nach REACH für Stoffe in Erzeugnissen	562
§ 5 – Registrierungs- und Anzeigepflichten nach ElektroG und BattG	564
I. Registrierungspflicht nach dem ElektroG	564
1. Anwendungsbereich	565
2. Registrierung	567
II. Anzeigepflicht nach dem BattG	569

Teil IV Nachmarktpphase

Nachmarktpflichten	575
§ 1 – Überwachung nach dem Inverkehrbringen	575
I. Produktüberwachung im System des Produktverkehrsrechts	575
II. Anforderungen an die Produktbeobachtung	576
1. Anknüpfung an die zivilgerichtliche Rechtsprechung	576
2. Am Risikograd ausgerichteter Pflichtenumfang	577
3. Dauer der Produktbeobachtungspflicht	579
III. Unterrichtung der Händler	579
§ 2 – Identifikation der Wirtschaftsakteure	579
§ 3 – Nachmarktliche Konformitäts-, Risikoabwendungs- und behördliche Notifikationspflicht	582
I. Nachmarktliche Konformitäts- und Gefahr-/Risikoabwendungspflicht	582
1. Straf-, zivil- und öffentlich-rechtliche Pflichtenregime	582
a. Strafrechtliche Gefahrabwendungspflicht	583
b. Zivilrechtliche Gefahrabwendungspflicht	584
c. Öffentlich-rechtliche nachmarktliche Konformitätspflicht	585

2. Risikobewertung	586
3. Maßgebender Risikograd	588
a. Strafrechtliche Gefahrabwendungspflicht	588
b. Zivilrechtliche Gefahrabwendungspflicht	591
c. Öffentlich-rechtliche nachmartliche Konformitätspflicht	591
4. Wissen oder Wissen-Müssen	592
II. Notifikationspflicht	593
1. Meldekriterien	593
2. Meldeverfahren	594
3. Meldefrist	594
4. Privilegierung nach § 6 Abs. 4 S. 3 ProdSG	595
§ 4 – Rückrufmanagement	595
§ 5 – Nachmarktpflichten nach ElektroG und BattG	596
I. Hersteller- und Vertreiberpflichten nach dem ElektroG	596
1. Finanzierungsgarantie	596
2. Mitteilungspflichten	598
3. Bereitstellungs-, Rücknahme- und Abholpflichten	599
4. Informationspflichten gegenüber Behandlungsanlagen	602
5. Information der privaten Haushalte	602
II. Hersteller- und Vertreiberpflichten nach dem BattG	603
Marktüberwachung, Straf- und Bußgeldvorschriften	607
§ 1 – Indirekter Vollzug	610
I. Zuständigkeit	612
II. Eingriffsvoraussetzungen	614
1. Verstoß gegen Marktzugangsregelungen	614
2. Eingriffsschwelle und Feststellung der Nichtkonformität	615
III. Sachverhaltsermittlung	619
1. Untersuchungsgrundsatz	619
2. Nachschaubefugnisse	620
3. Untersuchungsanordnung	623
4. Temporäres Bereitstellungsverbot	624
IV. (Verkehrsbeschränkende) Marktüberwachungsmaßnahmen	625
1. Auswahlmessen und Verhältnismäßigkeit	625
2. Standardmaßnahmen	627
a. Ausstellungsuntersagung	627
b. Bereitstellungsverbot mit auflösender Bedingung	627
c. Zweistufiges Verfahren	629
d. Endgültiges Bereitstellungsverbot	629
e. Sicherstellung	630
f. Unbrauchbarmachung	630
g. Anordnung von Rücknahme und Rückruf	630
h. Warnung der Öffentlichkeit	632

3. Adressaten	634
4. Rechtsschutz	635
5. Meldungen.	637
a. Überblick	637
b. Rapex	639
c. Information der Öffentlichkeit.	641
§ 2 – Schutzklausel im eigentlichen Sinne (Maßnahmen gegen konforme Produkte).	642
§ 3 – Bewertungsverfahren der Union	644
I. Verfahrensablauf	644
II. Kooperationsverhältnis zwischen dem Gerichtshof und den nationalen Gerichten	645
III. Verfahrensgrundsätze	647
IV. Ermessen	650
V. Rechtsschutz.	651
§ 4 – Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände des Nebenstrafrechts	653
I. Ordnungswidrigkeiten	653
1. Bußgeldtatbestände und -höhe	653
2. Haftung	655
II. Strafrechtliche Produkthaftung	655
1. Strafrechtlich sanktionierte Pflichten	656
2. Strafqualifizierende Merkmale des § 40 ProdSG	657
3. Täterschaft.	658
a. Mitarbeiter aus dem „ <i>lower</i> “ und „ <i>middle</i> “ management	659
b. Top-Management-Ebene	661
4. Vorsatz	663
Literatur.	665
Sachverzeichnis	675

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AltfahrzeugV	Altfahrzeug-Verordnung
AnerkV	Konformitätsbewertungsstellen-Anerkennungs-Verordnung
Anm.	Anmerkung
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
Art.	Artikel
AtG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
AVBFernwärmeV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme
AVBWasserV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
b2b	business-to-business
b2c	business-to-customer
BAnz	Bundesanzeiger
BattG	Batteriegelgesetz
BattGDVO	Verordnung zur Durchführung des Batteriegelgesetzes
BayVBl.	Bayerisches Verwaltungsblatt (<i>Zeitschrift</i>)
BB	Betriebs-Berater (<i>Zeitschrift</i>)
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
Bd.	Band
BeckRS	Beck Rechtsprechung (<i>Zeitschrift</i>)
Beschl.	Beschluss
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung

BfR	Bundesanstalt für Risikobewertung
BG	Berufsgenossenschaft
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissions- schutzgesetzes
BioStoffV	Biostoffverordnung
BMV	Bundesministerium für Verkehr
BNetzA	Bundesnetzagentur
BOStrab	Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift (<i>Zeitschrift</i>)
CECC	CENELEC Electronic Components Committee
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electrotechnique
ChemG	Chemikaliengesetz
d. h.	das heißt
DAkkS	Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH
DB	Der Betrieb (<i>Zeitschrift</i>)
dB	Dezibel
ders.	derselbe
DGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
DIBt	Deutsches Institut für Bautechnik
dies.	dieselbe
DIN	Deutsches Institut für Normung
DIN-Mitt.	DIN-Mitteilungen (<i>Zeitschrift</i>)
DITR	Deutschens Informationszentrum für Technische Regeln im DIN
DKE	Deutsche Elektrotechnische Kommission
DruckLV	Druckluftverordnung
DS	Der Sachverständige (<i>Zeitschrift</i>)
DüV	Düngeverordnung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (<i>Zeitschrift</i>)
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches
EAG	Europäische Atomgemeinschaft

ear	elektro-altgeräte register
ebd.	ebenda
EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
EBPG	Energiebetriebene-Produkte-Gesetz
ECHA	European Chemicals Agency
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEE	Electrical and electronic equipment
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-FGV	EG-Fahrzeugenehmigungsverordnung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJRR	European Journal of Risk Regulation (<i>Zeitschrift</i>)
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz
ElektroNOG	Gesetz zur Neuordnung des Rechts über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten
ElektroStoffV	Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung
ELV	End-of-life-vehicles
EMV	elektromagnetische Verträglichkeit
EMVG	Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetz
EMVG	Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten
EN	Europäische Norm
ENEC	European Norms Electrical Certification
EnEG	Energieeinsparungsgesetz
EnEV	Energieeinsparverordnung
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Erg. Lfg.	Ergänzungslieferung
ErP	Energy-related Products
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuP	Energy-using Products
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
EVPG	Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz
EVV	Vertrag über eine Verfassung für Europa
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht (<i>Zeitschrift</i>)

f.	folgende
ff.	fortfolgende
FIN	Fahrzeug-Identifizierungsnummer
FlsBergV	Festlandsockel-Bergverordnung
FlugLSV 2.	2. Flugplatz-Schallschutzmaßnahmenverordnung
Fn.	Fußnote
FSAV	Verordnung über die Flugsicherungsausrüstung der Luftfahrzeuge
FTEG	Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen
FuAG	Funkanlagengesetz
FzTV	Verordnung über die Prüfung und Genehmigung der Bauart von Fahrzeugteilen sowie deren Kennzeichnung
FZV	Fahrzeugzulassungsverordnung
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GenTG	Gentechnikgesetz
GewAch	Gewerbearchiv (<i>Zeitschrift</i>)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GPSG	Geräte- und Produktsicherheitsgesetz
GRS	Gemeinsames Rücknahmesystem
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (<i>Zeitschrift</i>)
GRURPrax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtssprechungsreport (<i>Zeitschrift</i>)
GS	Geprüfte Sicherheit
GSG	Gerätesicherheitsgesetz
GTIN	Global Trade Item Number
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
HD	Harmonisierungsdokument
Heizkosten V	Verordnung über Heizkostenabrechnung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. e.	im engeren
i. e. S.	im eigentlichen Sinne
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des/der
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit

ICSMS	internet-supported information and communication system for the pan-European market surveillance
IEC	International Electronical Commission
IPP	Integrierte Produktpolitik
ISO	International Standard Organisation
JbUTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
JORF	Journal Officiel de la République Française
JUS	Juristische Schulung (<i>Zeitschrift</i>)
KAN	Kommission für Arbeitsschutz und Normung
Kap	Kapitel
KBA	Kraftfahrtbundesamt
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LärmVibrationsArbSchV	Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung
LASI	Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik
LBO	Landesbauordnung
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LIEI	Legal Issues of Economic Integration (<i>Zeitschrift</i>)
lit.	littera
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
m. a. W.	mit anderen Worten
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MbBO	Magnetschwebebahn-Bau- und Betriebsordnung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (<i>Zeitschrift</i>)
MessEG	Mess- und Eichgesetzes
MessEV	Mess- und Eichverordnung
MMR	MultiMedia und Recht (<i>Zeitschrift</i>)
MPG	Medizinproduktegesetz
MPJ	Medizinprodukte Journal (<i>Zeitschrift</i>)
MPR	Zeitschrift für das gesamte Medizinprodukterecht (<i>Zeitschrift</i>)
MsbG	Messstellenbetreibergesetz
MüKO	Münchener Kommentar
Nachw.	Nachweise
NAV	Niederspannungsanschlussverordnung
NANDO	New Approach Notified and Designated Organisations
NDAV	Niederdruckanschlussverordnung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (<i>Zeitschrift</i>)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport (<i>Zeitschrift</i>)
NLF	New Legislative Framework
NotrufV	Verordnung über Notrufverbindungen

Nr.	Nummer
NRMM	Non-road mobile machinery
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-report (<i>Zeitschrift</i>)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälischen Verwaltungsblätter (<i>Zeitschrift</i>)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
OEM	Original Equipment Manufacturer
OStrV	Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung
PharmaR	Pharmarecht (<i>Zeitschrift</i>)
Phi	Produkthaftpflicht International (<i>Zeitschrift</i>)
PkW-EnVKV	PkW-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung
PLM	Private Label Manufacturer
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
ProdSV	Produktsicherheitsverordnung
PtB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
RAPEX	Rapid Exchange of Information System
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft (<i>Zeitschrift</i>)
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals
Rn.	Randnummer
RoHS	Restriction of the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
Schadst Forsch	Environmental Sciences Europe (<i>Zeitschrift</i>)
sog.	so genannt
SpielV	Spielverordnung
SR	Straßenverkehrsrecht
StoffR	Stoffrecht (<i>Zeitschrift</i>)
StPO	Strafprozessordnung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVOAusnV 8.	8. Ausnahmeverordnung zur StVO
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
SVHC	Substances of very high concern
SVR	Straßenverkehrsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
Tab.	Tabelle
TR	Technical Report
TRIS	Technical Regulations Information system
TS	Technische Spezifikation
TÜV	Technischer Überwachungsverein

u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb
v.	vom
Var.	Variante
VDE	Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik eV
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
VersR	Versicherungsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vur	Verbraucher und Recht (<i>Zeitschrift</i>)
VuR	Zeitschrift Versicherung (<i>Zeitschrift</i>)
VVDStRl	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtler (<i>Zeitschrift</i>)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEEE	Waste Electrical and Electronic Equipment
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (<i>Zeitschrift</i>)
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Internationales Privatrecht (<i>Zeitschrift</i>)
ZLS	Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht (<i>Zeitschrift</i>)